



Verkaufsstellen und Abonnements-Kontakts in Groß-Berlin: Hauptvertrieb SW 19, Scheidestr. 40b...

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung

494 * Ausgabe A Nr. 249

Donnerstag, 27. Oktober 1921 50. Jahrgang

Die Regierungserklärung durch den Reichstag gebilligt.

230 gegen 132 Stimmen für das Kabinett Wirth.

Das neue Kabinett vor dem Reichstag.

Die Zusammenfassung der gestrigen Mehrheit.

Der Reichstag nahm gestern in der zweiten Sitzung mit 230 gegen 132 Stimmen bei 9 Stimmentzügen den Antrag der gegenwärtigen Regierungsparteien, des Zentrums und der Sozialdemokratie an, der die Erklärung des neuen Kabinetts Wirth billigt.

Denen in der oberflächlichen Frage eine entschiedene Politik des Nichtsichtigens notwendig erscheint. Herr Dr. Wirth hat mit aller Deutlichkeit erklärt, daß die Entsendung von Delegierten zu den wirtschaftlichen Verhandlungen nur unter ausdrücklicher Reichsvertretung geschehen werde und nicht als eine Anerkennung der vertragsbildenden Ententeentscheidung angesehen sei.

Die programmatische Erklärung des Reichskanzlers Dr. Wirth. Einmütiger Protest der Parteien gegen die Vergewaltigung Oberschlesiens.

Von Erich Dombrowski.

Habemus papam. Wir haben wieder ein Reichskabinett. Das Komitee des Parlaments, aus dem die Öffentlichkeit, nach der Uhr, über jeden Monolog und jeden Kreis der Herren Abgeordneten sorgfältig unterrichtet wurde, ist aus.

Die notwendige Politik.

T. W. Das neue Ministerium Wirth ist nur ein Notministerium auf idemalen Breite, und die Umstände unter denen das Recht so schnell geworden ist, konnten nicht betragsmäßig stimmen.

Wir haben gesagt, welches die Gesichtspunkte sind, von denen unterer Meinung nach nicht nur die Entscheidung über Oberschlesien, sondern auch darüber hinaus die auswärtige Politik bestimmt werden muß. Deutschland hat jetzt kein Interesse daran, daß der gegenwärtige politische Staat existiert und so der heutige Zustand der Dinge sich verewigt, und diese nüchternere Erwägung schreibt der deutschen Politik ihr Verhalten gegenüber Polen vor.

Der Vertrauensbruch der Volkspartei. Parteipolitik und auswärtige Politik.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ erklärt die auch von uns in der gestrigen Morgenausgabe wiedergegebene Darstellung der sozialdemokratischen Abgeordneten Hermann Müller, Ed. Schmidt und Wels, die Vertreter der Deutschen Volkspartei hätten der Presse Mitteilungen über die vertraulichen interfraktionellen Besprechungen am Montag nachmittag gemacht und dadurch aus „rein parteipolitischen Erwägungen“ einen „Interessen des Reiches“ schädigenden Vertrauensbruch“ begangen.

tretenen Auffassung nicht von allen zur Regierungsbildung berufenen Parteien gebilligt werde.

Diese Erklärung der parteipolitischen Korrespondenz wird, abgesehen von ihren Parteifreunden, niemand befriedigen. Auf der Deutschen Volkspartei bleibt der Schwere Vorwurf stehen, daß sie aus parteipolitischen Gründen, nämlich um die Befreiung der eigenen Partei zu rechtfertigen und die Politik einer anderen Partei zu tadeln, aus einer vertraulichen Besprechung Mitteilungen veröffentlicht hat, die die deutsche auswärtige Politik zu schädigen geeignet sind.

Wie bekannt, wird als polse des Reichs in Reichsministerien ausbleiben.

Die Uhr zeigt auf vier. Im Reichstag drängt man sich. Auf dem Tische des Kanzlers flattern die republikanischen Farben. Auf Salbmas. In den Wandelgängen bilden sich überall lebhaft diskutierende Gruppen. Die Zuschauertribünen, die terrassenförmig bis fast an die Decke aufsteigen, füllen sich mit Gästen aller Art.

Rechts erhebt ein Minister nach dem andern, um an dem geschweiften Tisch Platz zu nehmen. Jetzt erhebt auch der Reichskanzler, legt leger die Unterarme auf die Tischplatte und senkt nachdenklich das Haupt. Aller Augen wenden sich